

# **Friedrich Merz als Kanzler verhindern – Grün oder Rot wählen und keine Stimmen an Splitterparteien verschenken**

## **Brandgefährliches statt Brandmauer**

Nach den schrecklichen Bluttaten von Magdeburg und Aschaffenburg kommt alles darauf an, herauszufinden, an welchen Stellen vermeidbare Fehler passiert sind und mit welchen konkreten Maßnahmen gezielt nachgebessert werden kann. Und es gilt, mit dem, was unvorhersehbar und nicht zu verhindern war, umzugehen. Parteichef Friedrich Merz nimmt jetzt diese schreckliche Taten zum Anlass, asylpolitische Maßnahmen vorzuschlagen, die weder vom Verfassungsrecht und von anderen gesetzlichen Bestimmungen gedeckt sind noch asylpolitische Vereinbarungen der EU berücksichtigen. Statt nach Schritten im Konsens mit den demokratischen Parteien zu suchen, handelt er brandgefährlich: Zum einen verschiebt er die Wahlkampfthemen weg von den zukunftsentscheidenden Fragen (Klimaschutz, Infrastruktur, Ukraine, sozialverträgliche Wirtschaftspolitik) hin zum Themenschwerpunkt der AfD. Zum anderen macht er es salonfähig, politische Forderungen ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz zu propagieren. Des Weiteren erschwert er damit Koalitionsbildungen unter den demokratischen Parteien, da diese nur unter Gesichtsverlust diesem asylpolitischen Vorhaben zustimmen können. Darüber hinaus gibt er eine Steilvorlage an die AfD, wenn seine Vorhaben vor dem Verfassungsgericht scheitern: Die AfD kann dann mühelos daraus die ‚Korrektur‘-Notwendigkeit des Justizsystems ableiten und sich als einzig wirksame Kraft zu deren Durchsetzung darstellen. Und schließlich reißt er mit seinem Vorschlag ein riesiges Tor in die von ihm selbst propagierte Brandmauer, indem er ausgerechnet in der Asylpolitik, dem Schwerpunktthema der AfD, die Unterstützung durch deren Parlamentarier billigend in Kauf nimmt bzw. sogar gezielt damit politischen Druck auszuüben versucht. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann ebnet derweil schon die Wege hinter der Brandmauer: Er möchte schon das Gerede über die Brandmauer beendet wissen und verharmlost die AfD, wendet sich gegen das Nazi-Bashing und wertet das Erscheinen der AfD auf den Wahlzetteln schon als Grund zur Beruhigung (Badische Zeitung vom 25.01.2025). Wehret den Anfängen: Als Nächstes drohen österreichische Verhältnisse (AfD als Juniorpartner der CDU, dann umgekehrt) und dann Demontage des demokratischen Systems à la Trump. Das dürfen wir nicht zulassen!

## **Schwächung demokratischer Kräfte und Stärkung rechter Tendenzen in der EU**

Bisher hat Deutschland in der EU mäßigend auf über das Ziel hinaus schießende asylpolitische Vorschläge von rechtsaußen gewirkt. Wenn ein Kanzler Merz mit Stimme und Gewicht der größten Volkswirtschaft der EU jetzt den gerade erst gefundenen Asylkompromiss und die Regeln des Schengenraumes unterläuft, so destabilisiert er auf europäischer Ebene das bisherige Kräftegleichgewicht und verschiebt die Kräfteverhältnisse dauerhaft erheblich in Richtung rechtsaußen. Er schwächt sowohl die Position von Ratspräsidentin Ursula von der Leyen als Architektin dieser Vereinbarungen als auch die gemäßigten und liberalen Kräfte in der EVP. Die geplanten Asylmaßnahmen bestärken Parteien wie Fidez, FPÖ., Resemblent national etc.: Die Vorhaben sind für diese extremen Parteien nicht nur anschlussfähig, sondern bestätigen deren Politik. Sie können für Initiativen mit EU-Regeln schädigendem Inhalt als Vorlage genutzt werden.

Vorbereitete Attentate und Anschläge von terroristischen Vereinigungen sind staatsgefährdend und erfüllen den Tatbestand eines nationalen Notstands. Die Bluttaten von Magdeburg und Aschaffenburg dagegen, ausgeführt von Einzeltätern mit psychischen Störungen ohne terroristische Drahtzieher können – so schrecklich und erschreckend sie sind – keinen nationalen Notstand begründen. Sonst müsste ständig der nationale Notstand ausgerufen werden, zumeist wegen Bluttaten deutscher Gewalttäter. Statt der 10.000 zusätzlich erforderlichen Grenzschrützer für dauerhaft flächendeckende Grenzkontrollen würden 1.000 zusätzliche Stellen zur Beschleunigung der Asylverfahren, der Strafverfolgung und Rückführungen die Sicherheit verbessern. Mit Ausrufen eines nationalen Notstandes wird Angst in der Bevölkerung verstärkt und diese politisch ausgenutzt. Durch ein solches Angstklima werden Gewalttaten und entsprechende staatliche Gegengewalt eher gefördert: Eine die Sicherheit gefährdende Gewaltspirale.

**Bitte verhindert die Gefahren einer Kanzlerschaft von Friedrich Merz**

28.01.2025 Norbert Bowe - Norbert.Bowe@t-online.de